

Indonesien vor der Wahl:

Welche Wahl hat Indonesien?

Zur aktuellen politischen Situation

Alle fünf Jahre werden die Bürgerinnen und Bürger Indonesiens zum einem großen Fest eingeladen, dem Fest der Demokratie. So werden im Pancasila-Jargon der Neuen Ordnung die Wahlen zum indonesischen Parlament DPR genannt. Diese Parlamentswahlen, die der Wahl des Präsidenten immer um ein Jahr vorausgehen, finden das nächste Mal im März 1997 statt. Und wie schon bei den zwei vorausgegangenen Wahlen 1988 und 1992 stellt sich auch bei dieser Wahl – diesmal jedoch in verschärfter Form – die Frage nach der Nachfolge (suksesi) von Präsident Suharto, der 1967 zum ersten Mal ins Präsidentenamt gewählt wurde. Anders als bei den vorausgegangenen Wahlen ist die politische Stimmung im Lande schon mehr als ein Jahr vor dem Wahltag angespannt und nervös. Bislang gültige Regeln und Rituale werden nicht mehr eingehalten. Der Wahlkampf, der sonst auf die letzten drei Wochen vor dem Urnengang beschränkt ist, scheint längst ausgebrochen. Politiker, Beobachter und politische Laien rätseln an der Frage: "Tritt Suharto noch einmal an?" Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Wenn nein, was kommt danach?

Die Geschichte der Neuen Ordnung – so die Selbstbezeichnung des Militärregimes – ist vom Machtkampf zwischen dem Teil der Armee, der Suharto ergeben ist, und den Kritikern Suhartos geprägt. Ende der achtziger Jahre wurde immer deutlicher, daß Suharto mit seiner Teile- und-Herrsche-Politik und dem gegenseitigen Ausspielen seiner Gegner diesen Kampf gewonnen hatte. Die Suharto-Kritiker in den Streitkräften (ABRI) verfügten über keine wirksamen Mittel, Suharto von der Macht zu vertreiben. Parallel zu diesem Prozeß, der die ABRI Suharto entfremdete und für ihn unzuverlässig und unberechenbar erscheinen lassen mußte, hat der Präsident versucht, sich eine neue Machtposition aufzubauen. Den einzigen zivilen Machtfaktor, der für diesen Zweck geeignet war, stellt der Islam in Indonesien dar. Die Gründung des Verbandes Islamischer Intellektueller in Indonesien (ICMI) im Jahr 1990 geschah deshalb nicht zufällig mit dem Segen des Schutzpatrons Suharto. Und ebensowenig zufällig ist die Tatsache, daß eine große Anzahl der gegenwärtigen Kabinettsminister unter den führenden ICMI-Mitgliedern zu finden sind.

Mit der von ihm initiierten Gründung von ICMI ist es Suharto gelungen, sich einer breiten Unterstützung in islamischen Kreisen zu verschern. Damit hat er sich jedoch nicht nur Gegner in der christlichen Gemeinschaft geschaffen, die bei der Kabinettsbildung von 1993 schwere Einbußen hatte hinnehmen müssen. Auch in islamischen Kreisen ist die Zustimmung zur neuen pro-islamischen Politik Suhartos nicht ungeteilt. Viele Muslime durchschauen den taktischen Charakter dieser Schachzüge des alternden Präsidenten und lehnen eine enge Verbindung mit ihm ab.



Militär nicht mehr Hauptfigur in der politischen Landschaft Indonesiens
aus: FEER v. 11.4.96, S. 61

Mißtrauen gegenüber Suharto im Militär

In Kreisen des Militärs hat die Annäherung Suhartos an den Islam große Beunruhigung ausgelöst. Aus der historischen Erfahrung mit der *Darul-Islam*-Bewegung, die in den fünfziger Jahren in Westjava einen Islamstaat errichten wollte, wird das Militär von einem tiefsetzenden Mißtrauen gegenüber allen politischen Aspirationen des Islam beherrscht. Der Anti-Islamismus gehört genauso wie der Anti-Kommunismus zur ideologischen Grundausstattung jedes indonesischen Soldaten. Die tiefe Entfremdung zwischen weiten Teilen des Militärs und ihrem Oberkommandierenden (Panglima Tinggi) Suharto, wie sie in der ICMI-Gründung zutage tritt, wird von einem zunehmenden Einflußverlust

des Militärs in Politik, Wirtschaft und Verwaltung begleitet. Einige Beispiele können diesen Prozeß, der zu Beginn der neunziger Jahre immer deutlicher wird, veranschaulichen:

1. Staatsbetriebe (Badan Usaha Milik Negara – BUMN), seit der Verstaatlichung niederländischer Betriebe im Jahr 1957 ökonomische Basis der Armee, werden immer seltener von Militärs gelenkt. Dies ist nicht nur eine Folge der Privatisierung von Staatsbetrieben (z.B. die Telekommunikationsunternehmen), sondern auch ein Ergebnis von Veränderungen und Professionalisierung im Management, mit denen sich die Betriebe auf den Wettbewerb des freien Marktes vorbereiten.

2. In wachsendem Maße ist die Regierungsgewalt an den Spitzen der Provinzen in die Hände von Zivilisten übergegangen, da das Regime Suhartos die politischen Verhältnisse als stabil ansieht. Zudem ist das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer zumindest partiellen Politikbeteiligung von Zivilisten stärker geworden.

3. Auch in der Bürokratie nimmt die Rolle der Militärs ab, obwohl es noch lange dauern wird, bis pensionierte Offiziere ganz aus den Verwaltungen auf allen Ebenen verschwinden werden.

4. Im Bereich der Staatspartei GOLKAR, die ursprünglich von ABRI selbst geschaffen worden war, ist in jüngster Zeit der Einfluß des Militärs zurückgedrängt worden. Die Wahl des Suharto-Günstlings und Informationsminister Harmoko zum Vorsitzenden brachte zum ersten Mal in der Parteigeschichte einen Zivilisten an ihre Spitze. Der Zugriff Suhartos auf diese Massenorganisation wird noch durch die Wahl seiner Tochter zur stellvertretenden Vorsitzenden unterstrichen.

Die Unterminierung seiner traditionellen Machtbasen hat zu einer tiefgreifenden Verunsicherung des Militärs geführt. Darüber hinaus herrscht große Ungewißheit in der Einschätzung der aktuellen politischen Lage. Ein Grund liegt in der Ernennungs- und Beförderungspraxis hoher Offiziere durch Suharto. Der Präsident, dem in diesen Angelegenheiten die letzte Entscheidung zufällt, hat sich in den vergangenen Jahren immer häufiger nicht an die militärischen Regeln von Seniorität und Verdienst gehalten, sondern sich in seinen Entscheidungen von persönlicher Sympathie und politischem Kalkül leiten lassen. Mehrere Male hat er in den vergangenen Jahren großangelegte Revirements mit mehreren Dutzend Offizieren vorgenommen und unter Mißachtung der Vorschläge der Generalstäbe seine Günstlinge in entscheidende Positionen gehievt. Die Beförderungspraxis ist unberechenbar geworden, und viele junge und mittlere Offiziere hoffen, sich durch eine unauffällige Haltung ihre Beförderungschancen zu erhalten.

Unzufriedenheit und Enttäuschung entsteht in manchen Bereichen des Militärs durch die Rolle des Ausputzers, die es häufig spielen muß. Soldaten fühlen sich mißbraucht, wenn sie gegen demonstrierende Studenten oder Bauern vorgehen sollen. Auch wenn bei den jüngsten Studentenunruhen in Ujung Pandang man von der Beteiligung von *agents provocateurs* des Militärs ausgehen muß, ist die Aussage des Regionalkommandeurs von Südsulawesi, Fachrul Razi, bemerkenswert, der diese Provokateure in der Gruppe (des Militärs, kann man hinzufügen) sucht, die ein Bündnis von oppositionellen Zivilisten und Studenten mit der ABRI verhindern will.¹ Der scheinbare Widerspruch erklärt sich durch die Konflikte zwischen den Fraktionen innerhalb des Militärs.

Drei Strömungen im Militär

Angesichts dieser Entwicklungen kann es nicht überraschen, wenn es auch innerhalb der Streitkräfte zu Verwerfungen und Fraktionsbildungen kommt. Dabei kann man mindestens drei Strömungen unterscheiden. Eine Gruppe will unter allen Umständen am gegenwärtigen status quo festhalten und knüpft ihr Schicksal an das ihres Schutzpatrons Suharto. Eine weitere Gruppe strebt dagegen eine Professionalisierung der Streitkräfte und deren Rückzug in die Kasernen an. Sie befürwortet eine zumindest teilweise Machtübergabe an Zivilisten und eine Begrenzung der militärischen Funktionen auf die Landesverteidigung. Dies würde eine Abkehr von der seit 1965 gültigen Militärdoktrin *dwi fungsi* bedeuten, an der jedoch die dritte wesentliche Strömung festhalten will. Diese Offiziere beanspruchen weiterhin den aus der Entstehungsgeschichte der Streitkräfte abgeleiteten Anspruch auf eine militärischen und sozio-politischen Doppelrolle des indonesischen Militärs in der indonesischen Gesellschaft.

Wie stark die jeweiligen Gruppen in der indonesischen Armee tatsächlich sind, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, da vor allem jüngere Offiziere mit Rücksicht auf ihre Karriere eine politische Profilierung – in jede Richtung – vermeiden. Man kann davon ausgehen, daß es unter ihnen Sympathien für die Demokratie-Bewegung gibt. Sie ziehen es aber gegenwärtig vor, sich öffentlich bedeckt zu halten und den Abgang Suhartos abzuwarten.

Die politischen Akteure

Neben den durchaus nicht mehr als homogenem Machtblock agierenden Streitkräften, muß man in der gegenwärtigen politischen Situation mit mindestens drei weiteren politischen Akteuren rechnen: Die politischen Kräfte des Islam, die Bürokratie zusammen mit der

GOLKAR sowie die unterschiedlichen Gruppen der sich formierenden Demokratie-Bewegung. ABRI, GOLKAR und Islam verfügen alle über hervorragende Kontakte in die Geschäftswelt und sind eng mit ihre verwickelt. Sie genießen ihre finanzielle Unterstützung dienen gleichzeitig aber als Instrument für die politische Absicherung ökonomischer Interessen. Aber weder die islamischen Kräfte noch die GOLKAR/Bürokratie-Gruppe sind als ganzes verharrenden Kräften zuzurechnen. In beiden Gruppierungen gibt es einzelne Vertreter, die offen oder verdeckt mit der Demokratie-Bewegung sympathisieren. Es handelt sich jedoch um eine Minderheit, da die meisten Vertreter dieser Strömungen in ihrer ökonomischen wie privaten Existenz von den Privilegien, die ihnen das gegenwärtigen System garantiert, abhängen. Eine Veränderung des herrschenden status quo würde notwendigerweise das Ende ihrer privilegierten Existenz bedeuten.

Die entstehende Demokratie-Bewegung

Am heterogensten ist die entstehende Demokratie-Bewegung, die mehr eine breite politische Strömung als eine strukturierte Organisation darstellt. Zu ihr zählen eine große Zahl von Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus dem politischen sowie aus dem sozialen und entwicklungspolitischen Bereich. Ansätze zu einer landesweit organisierten Struktur der Bewegung bilden die Gründungen von Unabhängigen Wahlbeobachtungskomitees (Komitee Independen Pemantauan Pemilu – KIPP). Nachdem am 15. März das erste Komitee in Jakarta unter Führung von Goenawan Mohamad als Vorsitzendem und Mulyana W. Kusuma als Generalsekretär gebildet wurde, haben sich in vielen Städten Javas und in den meisten Provinzhauptstädten unter den argwöhni-

schen Augen des Sicherheitsapparats weitere regionale KIPP gegründet.

KIPP betrachtet sich zunächst als moralische Bewegung, um eine einwandfreie und faire Wahlen zu gewährleisten. Zu diesem Zweck stellt es ein Bündnis mit NROs in Landesteilen her, deren Mitglieder als Wahlbeobachter tätig werden sollen. Die Beobachtungstätigkeit setzt aber nicht erst mit dem eigentlichen Urnengang ein, sondern beginnt schon in diesen Wochen, in den die Wahlregister erstellt werden. Schon der Vorgang der Wählerregistrierung gibt den KIPP die Möglichkeit, viele brisante politische Fragen aufzuwerfen. Eine von diesen betrifft die nach wie vor gültige Verweigerung des aktiven und passiven Wahlrechts für ehemalige politische Gefangene. KIPP versetzt sich so in die Lage, eine breite innenpolitische Debatte anzustoßen und aller Bereiche der Politik einer Kritik zu unterziehen.

Die etablierten Parteien haben die Gründung des KIPP begrüßt und sind durch einzelne Personen auch in verschiedenen Komitees vertreten. Führende Vertreterinnen der Parteien, die in der Vergangenheit immer wieder unter der massiven Einmischung durch Behörden und Sicherheitsapparat zu leiden hatten, haben die Gründung als einen Beitrag zur Demokratisierung genannt. Diese Parteien werden es letztlich auch sein, die von einer Verhinderung von Wahlmanipulationen zugunsten der GOLKAR profitieren werden. Ob dies zu einer nennenswerten Verringerung des Stimmenanteils von GOLKAR führen wird, scheint jedoch zweifelhaft.

Zur Demokratie-Bewegung sind auch die Studenten mit ihren zahlreichen Verbänden und Organisation zu zählen. Auch diese zeigen in zunehmendem Maße Organisationsansätze, die über die jeweilige Universität hinausgehen. Die Aktionen der Studentenbewegung finden ein weites Echo in der Presse. Immer



häufiger stellen sich die Studenten auf die Seite der Leidtragenden der *pembangunan*-Politik. Sie werden zu Anwälten von Arbeitern, Bauern, fliegenden Händlern und von ihrem Land Vertriebenen. Dabei verlieren Sie mehr und mehr ihre Angst vor Verfolgung und Verhaftung. Es gilt mittlerweile unter Studierenden als Auszeichnung von Sicherheitskräften verhaftet und verhört zu werden. Die Studentengruppen machen sich zudem solche Verhaftungen zu Nutze, um ihrem jeweiligen Anliegen größer Publizität im In- und Ausland zu verschaffen. Hinzu kommen noch verschiedene unabhängige gewerkschaftliche Vereinigungen.

Neue Parteien

Während diese Gruppen recht klar zu identifizieren sind, gibt es auch bei den anderen politischen Akteuren und Parteien Unterstützer und Sympathisanten der Demokratiebewegung. Nur selten profilieren sie sich aber so deutlich wie der ehemalige Abgeordnete der islamischen PPP Sri Bintang Pamungkas, der

erst vor wenigen Wochen wegen angeblicher Präsidentenbeleidigung bei einem Vortrag an der Freien Universität Berlin im April 1995 zu 34 Monaten Haft verteilt wurde. Dieser hat Ende Mai in Jakarta eine neue Partei PUDI (Partai Uni Demokrasi Indonesia – Demokratische Unionspartei Indonesiens) gegründet.² Mit dieser Parteigründung verstößt Sri Bintang gegen geltendes Recht, das neben der Staatspartei GOLKAR nur zwei weitere Parteien, die islamische PPP und die PDI, vorsieht. Sri Bintang hat folgerichtig den Gründungsauftrag seiner Partei mit der Forderung verbunden, dieses Parteiengesetz aus dem Jahr 1984 abzuschaffen oder so zu ändern, daß es eine freie Parteienbildung zuläßt. Es bleibt abzuwarten, wie die Behörden auf diese Herausforderung reagieren.

Die PUDI ist damit einen Schritt weiter gegangen als die anderen Organisationen, die von Mitgliedern der alten Parteien gebildet wurden, die von der Neuen Ordnung im Zuge der "Vereinfachung des Parteiensystems" nach 1971 aufgelöst wurden. In den letzten Monaten des Jahres 1995 wurde sowohl die Masyumi

Baru als Nachfolgerin der Masyumi gegründet, die als Sammelbecken eines modernistischen Islam bereits 1960 von Sukarno verboten, vom Suharto Regime aber nicht wieder zugelassen wurde. Daneben haben sich ehemalige Mitglieder der protestantischen Partei Parkindo sowie der alten Sukarno-Partei PNI neu formiert. Beide Nachfolgeorganisationen firmieren unter der alten Abkürzung, geben ihr allerdings eine neue Bedeutung, um nicht als Parteigründung mit geltendem Gesetz in Konflikt zu kommen.³ Diese Aktivitäten zeigen wachsende Unzufriedenheit auch im politischen Establishment, das immer weniger bereit ist, sich an die von der Neuen Ordnung vorgegebenen politischen Regeln zu halten.

Die Presse

Eine wichtige Rolle in diesem Wahlkampf spielen die Massenmedien. Das Verbot der drei führenden Wochenmagazine TEMPO, EDITOR und DeTik im Sommer 1994 hat nicht zur der von der Regierung gewünschten Einschüchterung der Journalisten und Verleger geführt. Zum ersten Mal in der Neuen Ordnung hat nämlich eine von einem Verbot betroffene Zeitung den Rechtsweg beschritten. TEMPO und sein ehemaliger Chefredakteur Goenawan Mohamad klagten vor dem Verwaltungsgericht in Jakarta und haben bisher in zwei Instanz Recht erhalten. Das Oberste Gericht muß nun entscheiden, ob der seinerzeitige Entzug der Presselizenz durch den Informationsminister Harmoko rechtens war. In der Zwischenzeit haben Teile der ehemaligen TEMPO-Redaktion juristischen und publizistisches Neuland betreten, indem sie eine wöchentliche Ausgabe des Nachrichtenmagazins auf einer eigenen *homepage* im Internet anbieten.

Aber auch andere Printmedien räumen den Aktivitäten der Opposition und insbesondere der der Studenten einen größeren Raum ein. Spätestens seit dem weiten Presseecho auf das Massaker von Santa Cruz (Osttimor) im November 1991 nehmen sich Journalisten größere Freiheiten und gehen dabei das Risiko von Zeitungsverbot, Verhaftung und Folter ein. Immer häufiger werden Landvertreibungen, Arbeiterunruhen und Menschenrechtsverletzung gemeldet und in der Berichterstattung verfolgt. Darüber hinaus gilt das journalistische Interesse der Bereicherung der Präsidentenkinder, der massiven Korruption, sowie der Vettern- und Günstlingswirtschaft. Jüngstes Beispiel sind die Absprachen zwischen Richtern und Verteidigern in Prozessen vor dem Obersten Gericht. In früheren Jahren waren solche Vorgänge zwar offene Geheimnisse gewesen, doch durch die ausführliche Presse-Berichterstattung

Presseerklärung Nr. 2 vom 23.4.1996 der Unabhängigen Wahlbeobachtungskommission (KIPP) zum Brand im Gebäude der Rechtshilfeorganisation LBH in Medan

Seit seiner Einrichtung am 15. März 1996 hat es unterschiedliche Reaktionen auf die Unabhängige Wahlbeobachtungskommission (KIPP) gegeben. Sie hat sowohl Unterstützung als auch Ablehnung erfahren. All dies muß als angemessene Reaktionen im Lernprozess der Demokratisierung akzeptiert werden. Sehr bedauerlich hingegen sind die Gewaltanwendungen, mit denen auf die Existenz der KIPP reagiert wird. Es gibt verschiedene Beispiele: die Festnahme von KIPP-Aktivistinnen in Lampung, die Auflösung von Diskussionsveranstaltungen in Surabaya, die Verhinderung der Gründungsversammlungen in Bogor und Solo, die Angriffe auf Häuser von KIPP-Aktivistinnen in Bandung und der bisher bedenklichste Vorgang – der Brandanschlag auf das Büro des Rechtshilfeinstituts in Medan. Aus diesem Grund erklären wir:

Die KIPP lehnt alle kriminellen Akte und Versuche der Einflußnahme von unbekannter Seite gegenüber den Bemühungen zur Wahlbeobachtung ab. Gewalt und kriminelle Handlungen sind kein geeigneter Weg, um Meinungsverschiedenheiten auszutragen. KIPP ist eine friedliche Initiative mit dem Ziel, die Qualität der Wahl und die Bereitschaft der Bürger zu erhöhen, sich am politischen Prozess zu beteiligen.

KIPP beobachtet systematische Bemühungen, ihre eigenen Aktivistinnen zu diskreditieren, indem diese mit bestimmten Organisationen in Verbindung gebracht werden. Dieses Standardmuster – jemandem mit einem bestimmten "politischen Stigma" zu versehen – zielt offensichtlich nicht nur darauf ab, die Glaubwürdigkeit von KIPP zu untergraben, sondern auch um eine böse Erscheinung (*hantu*) zu pflegen, die kein Ende nehmen will. KIPP betrachtet

die Gründung von BIP-KIPP* und anderer Gruppen als eine normale Angelegenheit. Die Gesellschaft soll sich selbst ein Bild über die Beweggründe und die Ziele dieser Einrichtungen machen und sie dann bewerten. KIPP ist bereit, mit verschiedenen Institutionen zusammenzuarbeiten, vorausgesetzt diese sind unabhängig und nicht kriminell.

KIPP wird auch weiterhin unterstützt. Bereits in dreißig Regionen sind KIPP gegründet worden, und in anderen befinden sich KIPP im Gründungsprozess: Banda Aceh, Medan, Padang, Pekanbaru, Jambi, Palembang, Lampung, Jakarta, Cianjur, Bandung, Semarang, Batang, Salatiga, Pematang, Pekalongan, Purwokerto, Wonosobo, Solo, Yogyakarta, Cilacap, Jember, Jombang, Malang, Surabaya, Ujung Pandang, Palu, Manado, Denpasar und Samarinda. Überall haben sich in den KIPP-Sekretariaten Freiwillige gemeldet und in Listen eintragen lassen.

Wir rufen alle KIPP-Aktivistinnen und Freiwilligen dazu auf, sich von keiner wie auch immer gearteten Provokation oder kriminellen Handlung hinreißen zu lassen. Verhalten Sie sich ruhig und gemäßigt und verfolgen Sie die Aktivitäten wie geplant. In absehbarer Zeit werden wir eine Beobachtung der Wählerregistrierung durchführen.

Goenawan Mohamad
Vorsitzender des Präsidiums

Übersetzung aus dem Englischen von Klaus Schreiner.

*In den vergangenen Monaten haben Gegner von KIPP, meist aus etablierten politischen Organisationen wie GOLKAR u.ä. stammend, Gegenorganisationen gegründet, die mit ihrer Namensgebung auf das KIPP Bezug nehmen.



Hari-Hari Fossil bermunculan...

Alte Parteien – wiedergeboren

aus: FK v. 18.12.95, S. 11

wird nun die öffentliche Empörung erst richtig angefacht.

Die Spannungen innerhalb der herrschenden Elite sowie die immer lauter artikulierte Unzufriedenheit und Kritik am Suharto-Regime werfen Fragen für die Zukunft Indonesiens auf. Suharto ist bereits 75 Jahre alt und durch den Tod seiner Frau möglicherweise zusätzlich geschwächt. Seine Ablösung kann deshalb nur noch eine Frage der Zeit sein. Wie wird die Nachfolge gelöst? Wird sie ohne Blutvergießen vor sich gehen? Und wie wird die Post-Suharto-Ära aussehen? Wird Indonesien seine Einheit bewahren können? Wird das wirtschaftliche Wachstum weiter anhalten? Diese und ähnliche Fragen stellen sich ohne Zweifel die meisten Indonesier. Und unter ihnen gibt es wohl niemanden, der eine sichere Antwort geben kann. Man wird die historische Erfahrung und den sozio-kulturellen Hintergrund der politischen Entwicklung zur Beantwortung heranziehen müssen. Der wichtigste Faktor sind jedoch die politischen Entwicklungen im Vorfeld des bevorstehenden Machtwechsels (*suksesesi*).

Für die Nachfolge selbst sind zumindest drei Optionen denkbar⁴:

a) Suharto tritt 1998 ab, bereitet aber bis dahin einen Kronprinzen vor, der nicht nur sein Vertrauen genießt, sondern auch den unterschiedlichen Strömungen innerhalb der herrschenden Elite und des Militärs akzeptabel erscheint. Bis heute ist ein solcher Kandidat allerdings nicht in Sicht. Weder unter den Zivilisten im gegenwärtigen Kabinett noch unter den Generälen der Armee ist eine Person erkennbar, die die Interessen der Suharto-Familie schützen könnte und dabei gleichzeitig als Kompromißkandidat für die gegensätzlichen Interessensgruppen gelten könnte.

b) Suharto tritt 1998 ab, ohne einen Nachfolger designiert zu haben. Eine solche Option würde nach der Wahl 1997 der aller Voraussicht nach siegreichen GOLKAR und der ABRI die Aufgabe zuweisen, einen Präsidenten zu finden. Diese Kandidatensuche würde zu einem heftigen Machtkampf führen, der möglicherweise auch mit gewaltsamen Mitteln ausgefochten würde. Dieses Szenario ist sicherlich das am meisten mit Angst besetzte: Die Geschichte Indonesiens im 20. Jahrhundert kennt kein Vorbild für einen friedlichen Machtwechsel, weder in kolonialer noch in nachkolonialer Zeit. Und die Ereignisse von 1965/66 beherrschen die indonesische Gesellschaft noch immer als kollektives und nicht verarbeitetes Trauma.

c) Suharto erfüllt nicht nur die bis 1998 laufende Amtszeit, sondern stellt sich auch für die nächste Amtszeit von 1998 bis 2003 zur Verfügung. Diese Situation würde der von 1993 ähneln, als sich Suharto angesichts der heftigen öffentlichen Debatte um seine Nachfolge noch einmal "zum Besten von Staat und Nation" zum Präsidenten wählen ließ. Dies ermöglichte ihm aber auch, seine schützende Hand über seine äußerst geschäftstüchtigen Kinder zu halten. Sie sind es auch, die von einer weiteren Amtsperiode am meisten profitieren würden und deshalb auch ein gesteigertes Interesse daran haben müßten. Vorausgesetzt Suharto bleibt gesund könnte ihn außer einem Putsch wohl nichts an der Wahrnehmung dieser Option hindern.

Wie sich Suharto letztendlich entscheiden wird, ist schwer vorauszusagen. Aber Suharto kann es nicht entgangen sein, daß sich der Unwillen über seine Regierung zum offenen Protest ausweitete. Auch die Reaktion der unterschiedlichen Interessensgruppen ist nicht ohne wei-

teres auszurechnen, da alte Kontinuitäten nicht mehr bestehen, und sich die Lage von einem Tag auf den anderen verändert. Die gegenwärtige Situation ist von Unsicherheit und Nervosität einerseits, aber auch von einer politischen Aufbruchstimmung andererseits geprägt. Alle politischen Gruppierungen – herrschende Elite wie entstehende Demokratiebewegung – versuchen, sich in eine möglichst günstige Ausgangsposition für den Kampf um Einfluß und Macht im Post-Suharto-Staat zu bringen.

Klaus H. Schreiner u. Agus Setiawan

Klaus H. Schreiner ist wiss. Mitarbeiter der Südostasienwissenschaften an der Universität Frankfurt und wie Agus Setiawan Mitglied im Vorstand des Trägervereins der Südostasien Informationsstelle.

Anmerkungen:

- 1 Forum Keadilan 20.5.1996
- 2 Vgl. Suara Pembaruan 29.5.1995
- 3 Parkindo wird deshalb nicht als Partai Kristen Indonesia: Christlich-(protestantische) Partei Indonesiens, sondern als Partisipasi Kristen Indonesia: (Politische) Partizipation der Christen Indonesiens gelesen.
- 4 Vgl. z.B. Afan Gaffar, "Indonesia 1995: Setting the Tone for Transition Towards the Post-Soeharto-Era", in: Indonesia Assessment 1995, ed. by Colin Barlow, Joan Hardjono, Canberra: RSAPS/ Singapore: ISEAS 1996, S. 43–57.